



Montag, 30. Jänner 1978

Blatt 204

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Straßenbahn fährt bis Wohnpark Alt-Erlaa
(rosa) Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat

Lokal: "Fahrt zum Schnee": Bisher 839 Teilnehmer
(orange) Einbahnregelung im alten AKH

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

flaechenwidmungs- und bebauungsplan:

strassenbahn faehrt bis wohnpark alt-erlaa

1 wien, 30.1. (rk) die strassenbahnlinie 64, eine attraktive verkehrsverbindung zwischen den neuen wohngebieten im 23. bezirk und dem stadtzentrum, wird ihre vorlaeufige endstation in der roesslergasse haben. das gebiet fuer die umkehrschleife der strassenbahn soll daher die widmung "oeffentliche verkehrsflaeche" erhalten.

eine noch unbenannte strasse oestlich der ostrandstrasse soll zum anschliessenden schulbauplatz hin erweitert werden, die provisorischen parkplaetze sollen dem schulbauplatz zugeschlagen werden. im wohngebiet "in den wiesen" soll eine bauhoehenbeschraenkung mit 7,5 m festgesetzt werden.

der abaenderungsantrag des flaechenwidmungs- und bebauungsplanes liegt vom 2. februar bis 2. maerz in der magistratsabteilung 21, rathaus, 5. stiege, 2. stock, tuer 413, waehrend der amtsstunden von 7.30 bis 15.30 uhr zur oeffentlichen einsicht auf. (ba)

0902

L o k a l :

=====

"fahrt zum schnee": bisher 839 teilnehmer

4 wien, 30.1. (rk) rege beteiligung herrscht auch fuer die in diesem jahr von der stadt wien durchgefuehrten fahrten zum schnee. an bisher drei sonntagen wurden 839 jugendliche mittels bus zu ihrem sportvergnuegen in niederoesterreichische schigebiete, wie annaberg, lassingtal und goestling gebracht. die fahrt zum schnee laeuft an weiteren fuenf sonntagen bis einschliesslich 5. maerz. am 19. februar steht der traditionelle faschingslauf auf dem programm, zum ausklang ein rennen.

anmeldungen dafuer sowie fuer die schifahrten in den semesterferien, die vom 6. bis einschliesslich 10. februar taeglich stattfinden, sind im sportamt der stadt wien, 1082 wien, friedrich schmidt-platz 4, moeglich. der preis betraegt pro fahrt 60 schilling. (hof)

1010

einbahnregelung im alten akh

6 wien, 30.1. (rk) im alten teil des allgemeinen krankenhauses tritt ab morgen, dienstag, bedingt durch notwendig gewordene bauarbeiten bis auf weiteres fuer kraftfahrzeuge eine neue verkehrsregelung in kraft. ab sofort besteht nur noch bei den toren in der spitalgasse 2 und in der garnisongasse 15 eine einfahrtsmoeglichkeit, waehrend fuer das gesamte areal eine einbahnregelung in kraft tritt. die pkw koennen das allgemeine krankenheim ausschliesslich beim tor in der garnisongasse 13 wieder verlassen. die durchfahrt zwischen hof 11 und 9 musste fuer den allgemeinen verkehr gesperrt werden und darf lediglich von einsatz- und wirtschaftsfahrzeugen benuetzt werden. der 8. und 9. hof ist n u r ueber den 7. hof erreichbar. das tor in der alser strasse 4 ist so wie bisher nur fuer ein- und ausfahrten von einsatzfahrzeugen benuetzbar. (zi)

1111

k o m m u n a l :

=====

wiener Landtag

7 wien, 30.1. (rk) unter dem vorsitz seiner praesidentin maria h l a w k a trat am montag der wiener Landtag zu einer sitzung zusammen. ein a n t r a g der spoe betreffend die aenderung der gemeindewahlordnung sowie a n t r a e g e der oevp betreffend neue gutachten ueber die betriebssicherheit des kraftwerkes zwentendorf und die lagerung von atommuell sowie betreffend die bewaeltigung der energiesituation in wien wurden zugewiesen.

anzeigenabgabegesetz

stadtrat m a y r referierte ueber die novellierung des anzeigenabgabegesetzes. kollegenrabatte fuer tauschinserate in zeitung und zeitschriften wurden bisher steuerlich nicht beruecksichtigt. als berechnungsgrundlage wurde das volle tarifmaessige entgelt herangezogen. um die sich daraus ergebenden finanziellen belastungen zu verhindern, wird dies nunmehr geaendert.

a b s t i m m u n g : das gesetz wurde in erster und zweiter lesung einstimmig angenommen. (ger) (schluss)

1115

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1):

8 wien, 30.1. (rk) dem wiener gemeinderat, der unter dem vorsitz von buergermeister leopold g r a t z zusammentrat, lagen je drei a n f r a g e n der fpoe und der oevp vor. die oevp brachte a n t r a e g e betreffend einer raschen vorlage eines energie-konzeptes, der errichtung eines energiespar-fonds, betreffend des polizeinotrufes und der errichtung von mutter-kind-heimen fuer gefaehrdete frauen und muetter ein. eine d r i n g l i c h e a n f r a g e der fpoe betreffend sanierung des west-stadions wird vor schluss der sitzung behandelt, ebenso ein dringlicher o e v p - a n t r a g auf abberufung des amtsfuehrenden stadtrates fuer verkehr und energie franz n e k u l a (spoe).

gesundheitsplan fuer wien

einen gesundheitsplan fuer wien legte stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) zur beschlussfassung vor. der plan gliedert sich in zwei grundsuetzliche abschnitte - in einen bericht ueber die gegenwaertige situation und in die zielplanung des wegese, der zur weiteren verbesserung der gesundheitsversorgung fuehren soll. zur gegenwaertigen mortalitaet erlaeuterte stacher, dass herz-kreis-lauferkrankungen an erster stelle stehen, gefolgt von boesartigen krebsformen. dabei steht bei maennern der bronchialkrebs, bei frauen der gebaermutter- und der brustkrebs im vordergrund.

die saeuglingssterblichkeit ist stark zurueckgegangen. sie ist von 1966 mit 28,1 auf 18,6 promille im jahre 1976 zurueckgegangen.

zur zielplanung: ihr liegt der grundsatz zugrunde, dass nicht nur fuer die kranken etwas getan wird, sondern viel mehr an vorsorgemedizin, wobei ein besseres ineinandergreifen von sozialen und medizinischen diensten anzustreben ist. im einzelnen fuehrte stacher aus: ausser den bereits eingefuehrten schutzimpfungen sollen impfungen gegen masern und mumps eingefuehrt werden. die tuberkulose-fuersorge hat heute nicht mehr die grosse bedeutung wie frueher, erkrankungen und sterblichkeit sind stark zurueckgegangen. hingegen

sind andere lungenerkrankungen gestiegen. bestehende tbc-fuersorgestellen sollen umgewandelt werden in umfassende lungenstationen. auf dem gebiet der geschlechtskrankheiten sind bessere kontrollen erforderlich. wohnhygienische erforderungen muessen in zukunft staerker beachtet werden. ein diskutiertes wohn-hygienegesetz sollte rasch beschlossen werden. der hofbauweise ist in zukunft mehr augenmerk zuzuwenden, hoefe bieten mehr schutz vor laerm und staub. die krankenhaushygiene muss forciert werden, die einrichtung einer krankenhaushygienischen zentralstelle wird sich als notwendig erweisen. auf dem gebiet der arbeitsmedizin und unfallverhuetzung hat wien wenig kompetenzen, es soll aber eine landeskoordinationskommission gebildet werden. eine verstaerkte gesundheitsinformation der bevoelkerung soll auch mehr fremdsprachliche information fuer gastarbeiter bieten.

ein wesentlicher teil des gesundheitsplans beschaeftigt sich mit der frueherkennung. sie beginnt bereits im rahmen der schwangerenberatung und der mutter-kind-fuersorge. bereits begonnen wurde eine woechnerinnen-schulung. ein weiterer ausbau der sonderdienste ist notwendig. so soll die schulaerztliche betreuung verstaerkt werden, besonders in den berufsschulen. mehr aerzte sind dazu erforderlich. die vorsorgeuntersuchung im grossen sollte anders organisiert werden. neben der gesetzlichen vorsorgeuntersuchung sind besondere untersuchungen fuer risikogruppen - wie raucher, trinker, fettleibige - mit besonderen untersuchungsprogrammen beabsichtigt. wesentlich mehr wert ist auch auf die nachsorgeuntersuchung zu legen.

zu fragen der organisation der versorgung: die regionale verteilung der aerzte ist zu verbessern. ein weiteres sinken der zahl der praktischen aerzte konnte verhindert werden, in naechster zeit ist mit einer steigerung zu rechnen. die ansiedlung von jungaerzten wird mit kreditaktionen gefoerdert. wuensenswert waere ein aertztlicher funkdienst, er wuerde u. a. die rettung entlasten. ausgebaut werden die pflegerischen dienste. die aktion der mobilen schwestern hat sich auf diesem gebiet bestens bewaehrt.

besondere beachtung erfordert die psychiatrische versorgung. man ist dabei, eine neuformierung der psychiatrie zu beginnen. es sollen in den spitaelern akute psychiatrische abteilungen eingerichtet werden. darueber hinaus sind uebergangsheime und wohngemein-

schaften fuer spitalsentlassene geplant. zu einer bereits bestehenden wohngemeinschaft im 13. bezirk soll eine zweite im 21. bezirk kommen. beschlossen ist weiter die errichtung einer modellstation in floridsdorf, die sowohl beratung als auch nachbehandlung bieten und eventuell als tagesklinik dienen wird.

der vorliegende plan - es ist der erste gesundheitsplan der stadt wien - weist einen umfassenden und klaren weg fuer die naechsten jahre, erklarte stacher abschliessend. (smo) (forts)

1224

Gemeinderat (2):

debatte gesundheitsplan

9 wien, 30.1. (rk) als erster debattenredner verwies gr. krenn (fpoe) darauf, dass das wiener geburtendefizit nicht durch die schaffung neuer beratungsstellen fuer die familienplanung verkleinert werden koenne. seit 1961 werde das geburtendefizit nicht mehr durch die zuwanderung egalisiert, die bevoelkerungszahl der inneren bezirke nehme staendig ab, waehrend in den randbezirken eine zunahme zu verzeichnen sei.

hinsichtlich des im gesundheitsplan angefuhrten wohnhygiene-gesetzes sei nicht bekannt, wann es vorgelegt werden wird.

die gesundheitsgefahrdende co-konzentration in bestimmten teilen der stadt (herrengasse) werde zwar erwaehnt, nicht angefuehrt werden jedoch massnahmen zu deren beseitigung. mit der erhoekten bleiaufnahme, wie sie seit 1971 vor allem bei polizisten und mitarbeitern der muellabfuhr festgestellt werden kann, verhalte es sich aehnlich.

die forderung, im wohnbau statt der offenen bauweise verstaerkt der hofbauweise den vorzug zu geben, bezeichnete gr. krenn als eine indirekte kritik am wohnbau der wiener stadtverwaltung. die haelfte der wiener fuehlten sich bei tag durch laerm, vor allem verkehrslaerm, belaestigt, 40 prozent auch waehrend der nachtstunden.

die geplante vermehrung der zahl der schulaerzte werde nicht ausreichen, die an den schuelern festgestellten gesundheitlichen schaeden zu beseitigen. hinsichtlich der in verstaerktem masse not-

wendigen gebissregulierungen bei schulkindern sollte dafuer Sorge getragen werden, dass die krankenkassen die kosten uebernehmen.

als mit praktischen aerzten unterversorgt bezeichnete gr. krenn die bezirke 10, 11, 20, 21, 22, 23. fuer junge aerzte bestehe kein anreiz, sich in wien niederzulassen. in den genannten bezirken bestehe auch eine unterversorgung an fachaerzten, desgleichen sei ein merkbarer mangel an apotheken festzustellen, was zu einer unterversorgung mit medikamenten fuehre.

obwohl der gesundheitsplan wenig neues enthalte und seine statistischen angaben zum teil ueberholt sind, werde ihm seine fraktion zustimmen, schloss gr. krenn. (wa) (forts.)

1229

gemeinderat (3):

debatte gesundheitsplan (forts)

10 wien, 30.1. (rk) der vorliegende gesundheitsplan fuer wien sei kein plan, sondern ein gesundheitsbericht, in dem laengst bekannte dinge wiederholt wuerden, stellte oevp-stadtrat Lehner fest. er kritisierte die geringe mobilitaet bei der errichtung von sozialen einrichtungen, fehlende aussagen ueber die funktion der hausaezte und der privaten wohlfahrtstraeger sowie die vernachlaessigung des gesamten komplexes umweltschutz. die initiativen und aktivitaeten der oevp, wie verstaerkte ueberwachung des hausbrandes, strengere kontrollen an kraftfahrzeugen oder die schaffung von gruenquerteln und gruenzungen in dicht bebauten gebieten haben keinerlei niederschlag gefunden. zur personalfrage werden keine alternativen angeboten, in der bevoelkerungspolitik verlasse man sich auf die gastarbeiter. die baederhygienischen untersuchungen muessten sich besonders der kinderbaeder annhmen. die gesundenuntersuchungen sollten im interesse der bevoelkerung und der praktischen aerzte nicht in den grossen laboratorien, sondern von den hausaezten durchgefuehrt werden. im uebrigen, so Lehner, vermisse er aussagen ueber die errichtung des sozialmedizinischen zentrums ost. ein besonderer nachteil fuer wien sei das negative abschneiden der stadt in der

frage der spitalsfinanzierung. trotz der aufgezeigten maengel werde die oevp dem gesundheitsplan zustimmen.

wie wichtig die sicherung der gesundheit sei, gehe auch aus einer kuerzlich durchgefuehrten ifes-untersuchung ueber lebensqualitaet hervor, in der der groesste teil der bevoelkerung gesundheit und koerperliches wohlbefinden an erster stelle gestellt haben, stellte der naechste debattenredner gemeinderat n o v a k (spoe) fest.

der vorliegende gesundheitsplan mache die grossen leistungen der stadtverwaltung im bereich der medizin und der sozialen dienste deutlich erkennbar. auf diesen gebieten seien vorsorge-untersuchung und behindertenwesen besondere anliegen. auch die oevp erkenne diese leistungen an, wenn sie dem gesundheitsplan zustimmt. in ihrem programm habe die oevp ohnedies immer wieder forderungen angeboten, die teilweise von der spoe bereits laengst verwirklicht waren. weitere schwerpunkte in der gesundheitspolitik der sozialistischen partei seien die gesundheitserziehung in der schule und eine umfangreiche erwachsenenaufklaerung. zu der immer wieder aufgegriffenen kritik ueber laerm- und luftverunreinigung stellte novak fest, dass der umweltschutz vorwiegend in der bundeskompetenz liege. (ba) (forts.)

1255

gemeinderat (4):

debatte gesundheitsplan (schluss)

11 wien, 30.1. (rk) um bereits vor dem inkrafttreten eines bundes-wohnhygienegesetzes massnahmen setzen zu koennen, wurde fuer wien eine reinhalteverordnung erlassen, stellte stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r in seinem schlusswort fest.

durch die verminderung des bleigehalts im benzin kann seit 1975 eine besserung festgestellt werden. wegen der zunehmenden haltungsschaeden bei schulkindern wurde eine eigene abteilung eingerichtet, in der nun eine zielgerichtete behandlung moeglich ist. im 9. bezirk wurde im vorjahr eine schulzahnklinik eroeffnet. seh- und hoertests wurden eingefuehrt. im gesundheitswesen sei flexibilitaet notwendig, weil sich der stand der medizin laufend veraendere. stacher verlieh

seiner befriedigung ueber die taetigkeit privater wohlfahrtsorganisationen ausdrueck. manchmal werde allerdings vergessen, dass die stadt wien die kosten traegt, waehrend die jeweilige organisation die durchfuehrung uebernimmt. diese art der zusammenarbeit sei zweifellos richtig. der stand an pflegepersonal sei wesentlich erhoehrt worden: 1974 gab es 4.297 diplomierte krankenschwestern und 2.470 stationsgehilfen, 1977 betrug der stand 5.180 beziehungsweise 3.019. das schulwesen wurde massiv ausgeweitet. 1973 gab es 1.800 personalwohnungen, 1976 um 538 mehr. 1.324 wohnungen befinden sich im bau, 805 davon werden noch heuer fertig, 200 weitere sind geplant. der bau von personalwohnungen stellt eine wesentliche voraussetzung fuer die erhoehung des standes an schwestern dar. zur frage der finanzierung stellte stacher fest, dass ausgaben fuer die nichtstationaeren dienste einsparungen bei den spitaelern bedeuten. in der spitalsorganisation wurden betraechtliche veraenderungen - so zum beispiel die umwandlung der magistratsabteilung 17 in einen betrieb und die bestellung eines eigenen bereichsleiters - durchgefuehrt. der gesundheitsplan ist eine ergaenzung des zielplanes fuer die krankenanstalten und die altenhilfe sowie des behindertenplanes mit dem hauptgewicht auf den nichtstationaeren gesundheitsdiensten.

a b s t i m m u n g : der gesundheitsplan wurde einstimmig angenommen. (ger) (forts)

1300

gemeinderat (5):

subvention fuer volksbildung

12 wien, 30.1. (rk) gr. hermine f i a l a (spoe) beantragte eine subvention fuer die wiener volksbildung von 23,5 millionen s. gr. dr. m u e l l e r (spoe) wies darauf hin, dass damit die stadt wien mehr als zwei drittel des gesambudgets der volksbildung von 35 millionen deckt. die aktuelle bedeutung der volksbildung mit ihren volksbildungshaeusern und haeusern der begegnung steht der grossartigen tradition nicht nach. die wiener volksbildung war nach dem ersten weltkrieg zum grossen vorbild der europaeischen erwachsenenbildung geworden. auch die entwicklung ab 1945 gilt als beispielhaft:

in allen neuen siedlungsgebieten wurden neue bildungsstaetten errichtet - in der pah-siedlung, in der grossfeldsiedlung, in donau-stadt, in liesing. darueber hinaus werden traditionelle staetten generalrenoviert - wie die urania und das volksheim ottakring, das mit 20 millionen s nach einer generalmodernisierung voraussichtlich im mai fertig sein wird. die bedeutung der volksbildung ist aus den besucherzahlen ersichtlich. 1977 haben mehr als eine halbe million menschen die einzelveranstaltungen und die kurse besucht. erfreulicherweise ist der andrang zu kursen in wissenschaft, kunst und sprachen sehr hoch. es gab insgesamt 26.000 kursbesucher, mehr als 8.000 besuchten die sprachkurse. es ist dafuer zu sorgen, dass die geistige einstellung, den hohen investitionen ebenbuertig bleibt.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (smo) (forts.)

1302

gemeinderat (6):

"Leherb-haus"

13 wien, 30.1. (rk) der naechste punkt der tagesordnung, der von gr. h o l u b a r z (spoe) referiert wurde, betraf subventionen aus dem altstadterhaltungsfonds. fuer 43 objekte sollen mittel in hoehe von rund 8,8 millionen schilling, fuer weitere 61 objekte 21,8 millionen zur verfuegung gestellt werden.

gr. dkfm. b a u e r (fpoe) erinnerte daran, dass vor eineinhalb jahren fuer das dem Ehepaar Leherb-prof. gehoerige haus franziskanerplatz 6 eine subvention von 2,2 millionen gewahrt werden sollte, gegen die er opponiert habe. seither habe man nichts mehr gehoert von dieser widmungswidrigen verwendung von mitteln aus dem altstadterhaltungsfonds. nun aber sei es wieder so weit: der umbau des hauses soll mit 2 millionen subventioniert werden. dies widerspreche auf mehrfache weise den satzungen des wiener altstadterhaltungsfonds. dem geplanten umbau liege kein denkmalpflegerisches konzept zugrunde, da vielmehr wesentliche teile der alten bausubstanz ausgeraemt werden sollen, um platz fuer einen salon, ein "multi-media"-studio und ein atelier zu schaffen.

da ein nobelrestaurant, boutiquen und wohnungen im ausmass von 150 bis 250 quadratmeter geschaffen werden sollen, habe der bauwerber offenkundlich die absicht, wirtschaftlichen nutzen aus dem objekt zu ziehen.

das haus wurde von leherb-profchs um angeblich 8 millionen schilling von curd juergens gekauft, die kosten des umbaus werden mit 14 millionen beziffert. waehrend wiener normalbuerger, die wohnungsverbesserungen vornehmen wollen, mit maximal 100.000 s abgespeist werden, erhalte das Ehepaar leherb-profchs den hoechsten baukostenzuschuss, der an privatpersonen von 1974 bis 1976 je gewaehrt worden ist.

gegen die mieter des hauses franziskanerplatz 6, in der mehrzahl alte, betagte menschen, sei ein regelrechter nervenkrieg gefuehrt worden, an dem sich auch behoerndienststellen beteiligt haetten, stellte gr. bauer fest. obwohl sie nicht darum angesucht haben, erhielten alle mieter von der ma 50 besichtigungsscheine fuer gemeindewohnungen - und das foermlich ueber nacht, waehrend 20.000 wiener jahrelang auf gemeindewohnungen warten muessen.

auf seine anfrage habe ihm frau vizebuergermeister froehlich-sandner mitgeteilt, dass das einkommen von leherb-profchs im inland minimal sei. diese rechtsauffassung bezeichnete gr. bauer als kurios. so gesehen, koennte beispielsweise ein oelmillionaer in cesterreich als sozialfall eingestuft werden.

gr. bauer schloss mit der feststellung, der fall stinke nach freundorlwirtschaft und stelle eine beugung der satzungen des altstadterhaltungsfonds dar. er brachte den antrag ein, den punkt aus der subventionsliste auszuklammern und eine separate abstimmung durchzufuehren. den anderen punkten stimme seine fraktion zu. (we)
(forts.)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (7):

"Leherb-haus" (forts)

14 wien, 30.1. (rk) gr. p r o c h a s k a (oevp) stellte die frage, welche revitalisierungsvorhaben oder denkmalschuetzerische aktivitaeten in dem bereich um den franziskanerplatz noch geplant seien. seine fraktion wuerde aktivitaeten in dieser richtung sehr begruessen, doch soll die hausbsubstanz und nicht der besitzer der haeuser gefoerdert werden. auch sei die aussiedlung betagter menschen aus ihren wohnungen vom humanitaeren standpunkt aus sehr fragwuerdig, doch, so meinte prochaska, seien dem kuenstlerehepaar leherb wahrscheinlich versprechungen ueber eine absiedlung der mieter vor dem ankauf des hauses gemacht worden.

die foerderung eines einzelnen objektes muesse in relation zu den anderen foerderungswuerdigen objekten gesehen werden. auch die ortsbildpflege in den randbezirken duerfe nicht ausser acht gelassen werden. wenn fuer die revitalisierung des demel-hauses am kohlmarkt 14 nur 600.000 schilling an foerderungsmitteln zur verfuegung gestanden seien, so erscheinen die zwei millionen fuer das leherb-haus als ueberhoecht. die oevp stellte den a n t r a g, den betrag von zwei millionen schilling in eine million als zweckbestimmten foerderungsbetrag und eine weitere million als zinsenloses darlehen zu teilen.

fuer die altstadterhaltung seien in den jahren 1965 bis 1976 172 millionen schilling, davon ueber 31 millionen im letzten jahr ausgegeben worden, wies gr. a s c h e r l (spoe) auf die aktivitaeten der altstadterhaltungsfoerderung hin. wie die oevp richtig feststellte, duerfe man in der diskussion um die altstadterhaltung nicht nur ein objekt sehen, sondern muesse die summe aller aktionen in relation stellen.

jedes subventionsansuchen werde entsprechend sorgfaeltig geprueft, weil es ja letztlich aus den steuermitteln der bevoelkerung beglichen wird. die kritik an der vergabe von foerderungsmitteln sei eine diskriminierung des altstadterhaltungsbeirates, der sich aus

vielen kompetenten stellen zusammensetze, die subventionsansuchen wuerden zahlreiche kontrollinstanzen durchlaufen, ausserdem muesse der foerderungsbewerber auch pflichten auf sich nehmen. im falle leherb hat der kuenstler dem beirat darueber mitteilung zu machen, wenn er das haus innerhalb eines zeitraumes von zehn jahren verkauft und muesste dann entsprechende betraege wieder zurueckzahlen. die revitalisierungskosten fuer den franziskanerplatz 6 haben bis jetzt ueber elf millionen ausgemacht, wovon hohe betraege vom besitzer selbst aufgebracht worden seien.

mit hilfe des altstadterhaltungsfonds konnten bereits zahlreiche wertvolle objekte restauriert werden und somit fuer das wiener stadtbild erhalten bleiben. sie sind nicht, wie dies 1938 mit dem palais bahr geschah, gegen den willen der bevoelkerung abgebrochen worden. (ba) (forts)

1356

gemeinderat (8):

"Leherb-haus" (schluss)

16 wien, 30.1. (rk) gr. dr. m a y r (oevp) bekannte sich zu dem vor einem jahr im altstadterhaltungsbeirat gefassten beschluss. spaetere ereignisse haetten allerdings eine aenderung der haltung der oevp bewirkt. nach wie vor sei die sicherung des hauses franziskanerplatz 6 ein anliegen. die moeglichkeit finanzieller hilfe bei sanierungen habe die oevp stets begruesst. dabei gebe es zwei probleme. erstens: wie kann jemand zur gestaltung des hauses im sinne der altstadterhaltung gezwungen werden und zweitens: die frage der beurteilung der eigenleistung des hausherren. im konkreten fall handelt es sich um ein haus auf einem platz, dessen revitalisierung von besonderer bedeutung sei. wenn ein haus vernachlaessigt werde, so koenne es innerhalb kuerzester zeit verflumen.

gr. h o l u b a r z (spoe) wies in seinem schlusswort auf die grossen leistungen auf dem gebiet der altstadterhaltung hin, die in der vergangenheit erbracht wurden. er erinnerte daran, dass der gegenstaendliche beschluss im altstadterhaltungsbeirat einstimmig gefasst wurde.

./.

a b s t i m m u n g : die antraege mit ausnahme des hauses franziskanerplatz 6 wurden e i n s t i m m i g angenommen. der betrag fuer das haus franziskanerplatz 6 wurde mit den stimmen der spoe b e s c h l o s s e n . der antrag der fpoe wurde mit den stimmen der spoe und oevp, der abaenderungsantrag der oevp mit den stimmen der spoe und fpoe a b g e l e h n t .

reichsbruecke

gr. friederike s e i d l (spoe) referierte die antraege, den kostenanteil der stadt wien beim neubau der reichsbruecke fuer ueberbreite gehsteige sowie fuer einen teil der verzoegerungsspuren bei der donauinsel in der hoehe von 110,4 millionen s, die gesamt-kosten fuer projektierung, bauburo und dokumentation in der hoehe von 42,3 millionen s sowie den kostenanteil fuer u-bahn und einbauten in der hoehe von 315,5 millionen s zu genehmigen.

das ergebnis der kostenteilung zwischen bund und wien im verhaeltnis 50 zu 50 sei nicht nur fuer die fpoe ueberraschend gekommen, erklarte gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe). es sei unverstaendlich, dass die ueberbreiten gehsteige, die verzoegerungsspuren bei der donauinsel sowie die u-bahn und die einbauten 50 prozent der kosten ausmachen. es waere ein zufall, wenn bei einer rechnerischen kalkulation ein derartiger aufteilungsschluessel herauskaeme. eine reine strassenbruecke haette dann nur halb so viel wie die neue reichsbruecke gekostet. dies halte er fuer unmoeglich. die kostenteilung sei ein verhandlungsergebnis, dem der finanzstadtrat offensichtlich unter dem druck der budgetlage des bundes zugestimmt habe, um eine verzoegerung des baubeginns zu verhindern. die fpoe werde den antraegen dennoch zustimmen, weil eine weitere verzoegerung nicht zu verantworten waere. (ger)

gr. h o f f m a n n (oevp) erklarte, dass seine fraktion den antraegen zustimmen werde, doch moechte er den wunsch anbringen, dass es der neuen reichsbruecke nicht so ergehen werde, wie ihrer vorgeherin: dass naemlich bei der notwendigen generalueberholung drei stadtraete feilschen, wer dafuer zustaendig sei. der finanzierungsschluessel fuerzig zu fuerzig erscheint auch ihm fragwuerdig. die

verhandlungen mit dem bund sind sicher nicht leicht, doch muesste der bund mehr interesse zeigen, liegt doch die bruecke an einem wichtigen internationalen zentrum. schliesslich traegt der bund auch die u-bahn-kosten nicht in wuensenswerter hoehe, nicht Prozentuell, nur linear. der redner brachte den a n t r a g ein, der finanzstadtrat moege verhandlungen mit dem bund um einen kostenanteil von 70 Prozent fuehren.

stadtrat m a y r (spoe) erklarte, es liege ein missverstaendnis vor. inhaltlich macht naemlich die kostenteilung nicht fuenfzig zu fuenfzig aus. der eingebrachte antrag wuerde den kostenanteil wiens sogar verschlechtern. die kosten fuer die u-bahn von 227,5 millionen, das sind 26,7 Prozent, werden zur gaenze vom teil wiens an der kfz-steuer gedeckt. die bundesmittel betragen somit 76,7 Prozent. beruecksichtigt man noch die anteile der heizbetriebe, gaswerke, wasserwerke, e-werke, bleibt fuer die brueckenbauabteilung ein kostenanteil von 12,9 Prozent.

weil vergleiche gezogen wurden: ein vergleich der kosten reichsbruecke und floridsdorfer bruecke - die reichsbruecke wird insgesamt 900 millionen kosten, wobei kostensteigerungen moeglich sind. die floridsdorfer bruecke wird zum fixpreis von 940 millionen errichtet. es wurde bewusst nicht die billigere version, sondern die stahlkonstruktion gewaehlt. die bauzeit wird 18 monate betragen, bei der reichsbruecke jedoch 34 monate. beruecksichtigt man den beschleunigten bau der floridsdorfer bruecke, ist auch bei diesen kosten ein vernuenftiges ergebnis herausgekommen.

im s c h l u s s w o r t versicherte die berichterstatterin, dass verhandlungen mit dem bund hart gefuehrt werden und die stadt wien auf keinen schilling verzichtet.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. der antrag der oevp blieb mit den stimmen der oevp und der fpoe in der minderheit.
(smo) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (9):

dachbodenausbau

17 wien, 30.1. (rk) entsprechend den richtlinien der "foerderungsaktion zum ausbau von dachboeden fuer wohnzwecke" beantragte gr. b u s t a (spoe), die stadt wien moege die haftung als buerge fuer ein von dr. bruno niederle bei der bausparkasse der oesterreichischen sparkassen aufzunehmendes darlehen in der hoehe von 478.900 s uebernehmen. der betrag werde zur errichtung einer wohnung im hause 5, siebenbrunnengasse 6, verwendet.

gr. dr. peter m a y r (oevp) stellte die zustimmung seiner fraktion in aussicht und stellte fest, dass die oevp bereits im maerz 1975 den antrag gestellt habe, den ausbau von dachboeden zu wohnzwecken zu foerdern. im dezember 1976 seien die entsprechenden richtlinien beschlossen worden und wieder ein jahr spaeter lag der erste fall vor. bisher haben sich rund 3.000 interessenten gemeldet. das verfahren dauere aber sowohl auf dem baurechtlichen wie auch auf dem darlehensmaessigen sektor uebergebuhrlich lange - bis zu 9 monate. dr. mayr regte daher an, bei der baupolizei moege ein beamter speziell mit der erledigung derartiger dachbodenausbauten beauftragt werden.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

abholmarkt

der naechste punkt der tagesordnung, den gr. hermine f i a l a referierte, betraf die abaenderung des flaechenwidmungs- und bebauungsplans fuer ein in simmering gelegenes gebiet, auf dem ein abholmarkt fuer baustoffe errichtet werden soll.

gr. dr. e b e r t (oevp) wiederholte die bereits im akt enthaltene stellungnahme der kammer zu dem projekt, auf 70.000 quadratmeter flaeche einen baustoff-abholmarkt zu errichten. in wien gebe es rund 500 baustoffhaendler, der bedarf eines derartigen grossmarktes sei deshalb keinesfalls gegeben, dies umso weniger, als die bautaetigkeit eher abnehme. schwierigkeiten seien auch hinsichtlich der verkehrsmassigen erschliessung des gebiets zu erwarten. auch die

Landwirtschaftskammer habe bedenken, weil durch den abholmarkt Landwirtschaftliche betriebe gefaehrdet seien. ein baustoffabholmarkt helfe bestenfalls dem pfuschertum, damit werde etwas geschaffen, wovor gewarnt werden muesse. die oevp werde dem antrag nicht zustimmen.

a b s t i m m u n g : angenommen mit den stimmen der spoe.
(we) (forts)

1503

gemeinderat (10):

dringliche anfrage weststadion

18 wien, 30.1. (rk) gr. h i r n s c h a l l (fpoe) begruendete die dringlichkeit der anfrage seiner fraktion ueber die sanierung des weststadions und die konsequenzen aus dem bericht der expertenkommission. nach sperre des weststadions habe man im rathaus die feststellung getroffen, dass die firma schuld an den maengeln sei und habe damit die firma in ernsthafte schwierigkeiten gebracht. auf grund des expertenberichtes stellte sich nun heraus, dass auch der magistrat volle mitverantwortung trage, da die tribuenenkonstruktion dem auftraggeber zur ueberpruefung vorgelegt wurde.

der bericht der expertenkommission habe die notwendigkeit der sperre bestaetigt, die verschuldensfrage konnte von den experten jedoch nicht geklaert werden, erwiderte gr. l u d w i g (spoe). in der diskussion ueber das weststadion werde immer nur von der mangelnden bauueberwachung des auftraggebers gesprochen und dabei uebersehen, dass auch die firmen die pflicht der bauueberwachung haben. die baufirma des weststadions habe bereits seit zwei jahren mit wirtschaftlichen schwierigkeiten gekaempft.

a b s t i m m u n g : die zuerkennung der dringlichkeit wurde mit den stimmen der spoe abgelehnt. die anfrage wird schriftlich beantwortet. (ba) (forts)

1514

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (11):

dringlicher antrag der oevp

19 wien, 30.1. (rk) anschliessend gelangte der dringliche antrag der oevp betreffend die abberufung des amtsfuehrenden stadtrates fuer verkehr und energie franz nekula zur verlesung.

zur begruendung der dringlichkeit meldete sich gr. dkfm. a m m a n n (oevp) zu wort. nekula trage seit ueber acht jahren die politische verantwortung fuer die wiener stadtwerke. der verlust der wiener stadtwerke sei heuer mit 1,4 milliarden um 64 prozent hoeher als 1977. der fremdkapitalanteil betrage mehr als 70 prozent, der schuldenstand wachse, notwendige investitionen seien zu gering doziert. durch unzureichende investitionen sei die gefahr von gasexplosionen ausgeloeset worden. der stadtbahn seien jahrelang notwendige mittel vorenthalten worden. nun haben sich innerhalb eines jahres acht unfaelle mit mehr als 80 verletzten ereignet. man solle mit der andauernden verniedlichung aufhoeren. der drastische schritt der abberufung sei notwendig.

der a n t r a g auf dringliche behandlung des antrages wurde einstimmig angenommen.

die situation der wiener stadtwerke habe sich unter der amtszeit von stadtrat nekula rapid verschlechtert, erklarte gr. dkfm. a m m a n n (oevp) als erster debattenredner. der verlust sei um 1300 prozent gestiegen, der schuldenstand belaufe sich auf fast 13 milliarden schilling. trotz wiederholter ankuendigungen habe stadtrat nekula bis jetzt kein energiekonzept vorgelegt. nur die grundlagen fuer ein energiekonzept seien im juni 1975 dem gemeinderat vorgelegt worden. auch in der verkehrspolitik sei es bei ankuendigungen geblieben, noch immer gebe es kein verkehrskonzept. ein antrag der oevp, eine buslinie entlang der vorortelinie einzurichten, sei zunaechst abgelehnt worden, dann habe nekula die schaffung einer solchen linie selbst angekuendigt. schon 1968 sei klar gewesen, dass bei der erdgasumstellung alle muffen ueberprueft werden muessten. man habe vom desolaten zustand des rohrnetzes gewusst. ab 1971 seien die investitionen fuer das gasrohrnetz jedoch gekuerzt worden. die leistungen bei der rohrvorlegung seien staendig gesunken. jahrelang

seien nicht einmal die vorgesehenen investitionsmittel ausgeschöpft worden. nekula habe immer wieder versucht, zu beschwichtigen. jetzt gebe es hektische versuche, die gefahr in den griff zu bekommen. die verkehrsbetriebe haetten selbst zugegeben, dass fuer die stadtbahn nur der "geringstnotwendige reparaturaufwand" getaetigt werde. fuer die signalanlagen seien zum beispiel nur 100.000 bis 200.000 schilling pro jahr vorgesehen gewesen. auch 1978 seien bei den substanz-erhaltenden investitionen keine mittel fuer die generalinstandsetzung von stadtbahngarnituren vorgesehen. bei unfaellen werde immer wieder die ausrede des "menschlichen versagens" gebraucht. stadtrat nekula sei es nicht gelungen, den wiener stadtwerken den notwendigen stellenwert einzuraeumen. (ger)

gr. dkfm. b a u e r (fpoe) erklarte, dass die fpoe die ruecktrittsaufforderung sorgfaeltig geprueft hat. dabei ist man auf das verhalten von stadtrat ing. hofmann anlaesslich des reichsbruecken-einsturzes gestossen, der damals die volle politische verantwortung uebernommen hat, ohne unmittelbar persoendlich schuldig gewesen zu sein. das war grundsuetzlich richtig. diesen masstab sollte auch stadtrat nekula anwenden und sich nicht ausschliesslich auf menschliches versagen ausreden. menschliches versagen ist sicherlich eine mitursache der serienunfaelle, aber nicht ausschliesslich. die stadtbahngarnituren sind hoffnungslos ueberaltert und die sicherheitsvorkehrungen reichen fuer den fall des menschlichen versagens nicht aus. nekula hat selbst in einer anfragebeantwortung zugegeben, dass bei unguenstigen witterungsverhaeltnissen die garnituren gebrochenanfaellig sind. dafuer traegt er die politische verantwortung. die betriebsicherheit, die fuer private beispielgebend sein sollte, ist nicht gegeben. nur gluecklichen umstaenden ist es zu danken, dass bisher kein todesopfer beklagt werden musste. nekula traegt auch die verantwortung fuer die nach wie vor bestehende misere der oeffentlichen verkehrsmittel, ueber die sogar die arbeiterkammer sagt, dass sie fuer die arbeitende bevoelkerung eine unzumutbare belastung auf dem weg zur arbeit darstellt. schliesslich hat nekula die verantwortung fuer den zustand des gasrohrnetzes und dafuer, dass die stadtwerke weiter heruntergewirtschaftet haben und heuer mit einem verlust von 1,4 milliarden rechnen muessen. es ist daher zeit, die persoentliche konsequenz zu ziehen. die fpoe braucht nekula das vertrauen nicht entziehen, weil sie - anders als die oevp - ihm nie das vertrauen gegeben hat. (smo) (forts.)

gemeinderat (12):

dringlicher antrag (forts)

20 wien, 30.1. (rk) durch rasch und falsch aufgestellte behauptungen waise auch ein misstrauensantrag keinen wahrheitsgehalt auf, stellte als naechster debattenredner gr. s c h r e i n e r (spoe) fest. der misstrauensantrag lasse vielmehr die schwaeche der opposition erkennen. die wioner bevoelkerung verhalte sich zu ihrer stadtverwaltung ganz anders, als es die opposition glaubhaft zu machen versuche.

die stadtbahn leiste seit 50 jahren gute dienste, alle fuer ein massenverkehrsmittel notwendigen sicherheitsmassnahmen seien getroffen. waehrend der oevp-verwaltung der stadtwerke habe der jahresdurchschnitt der unfaelle 5,9 betragen, gegenueber 4,6 zur zeit nekulas. waehrend der oevp-verwaltung beliefen sich die personalverschulden an unfaellen auf einen jahresdurchschnitt von 9,3, gegenueber 5,5 unter nekula.

mehr als 90 prozent der wiener haushalte und betriebe sind bereits auf erdgas umgestellt, die letzte umstellung wird ende des heurigen jahres erfolgen. die gaswerke haben ihre methoden zur aufspuerung von rohrgebrechen verfeinert und intensiviert, die sanierung der muffen erfolge nach fuenf verschiedenen methoden. mit der mitteilung, dass das energiekonzept fuer wien im juni vorgelegt werden wird, schloss gr. schreiner seinen debattenbeitrag und teilte mit, dass seine fraktion dem misstrauensantrag n i c h t zustimmen werde. (wo) (forts)

1610

gemeinderat (13):

dringlicher antrag (forts.)

21 wien, 30.1. (rk) im jahre 1968 habe die damalige amtsfuehrende stadtraetin dkfm. dr. maria schaumayer ein sanierungskonzept fuer die wiener stadtwerke vorgelegt, das bis heute nicht erfuehrt wurde, kritisierte gr. h a h n (oevp). obwohl die wiener stadtwerke in ein immer groesseres finanzielles debakel schlittern, wurde die wiederholte oevp-forderung auf uebernahme des zinsendienstes durch die stadt wien ignoriert. waehrend sich in den letzten zehn jahren die gesamtverschuldung der stadt verdoppelt habe, sei bei den wiener stadtwerken die verschuldung auf das dreifache gestiegen.

./.

bereits 1957 habe die oevp die sanierung der verkehrsbetriebe aus gruenden der betriebssicherheit gefordert. heute seien stadtbahngarnituren in betrieb, bei denen die bremsen nur mehr bei einem tempo von zehn stundenkilometer voll funktionieren. weiter kritisierte hahn das fehlen eines energiekonzeptes, die wiederholten fahrpreiserhoehungen sowie die planlosigkeit beim u-bahn-bau. die ankuendigungspolitik einerseits und die beruhigungspolitik andererseits des verkehrs- und energiestadtrates koenne von der oevp nicht laenger zur kenntnis genommen werden. (ba) (forts.)

1614

gemeinderat (14):

dringlicher antrag (forts)

22 wien, 30.1. (rk) der heutige misstrauensantrag sei der erste in der zweiten republik, stellte gr. s u t t n e r (spoe) fest. er liege auf der linie der oevp, alles zu skandalisieren und zu personifizieren, und sei im rahmen des von der oevp vorzeitig eroeffneten wahlkampfes zu verstehen.

man befinde sich derzeit in der endphase der gespraechе ueber die novellierung der stadtverfassung. die neue verfassung, die in kuerze dem landtag vorliegen werde, beinhalte eine erweiterung der parlamentarischen usancen, vor allem zusaetzliche moeglichkeiten fuer die opposition. solche einrichtungen, betonte suttner, erfordern auch ein gewisses mass an ernst bei der handhabung der geschaeftsordnung. die parlamentarischen spielregeln duerften kein spielzeug fuer momentane ueble launen sein.

die zusammensetzung des gemeinderates entspreche - mit den geringfuegigen durch das wahlrecht bedingten abweichungen - dem waehlerwillen. der gemeinderat waehlt den stadtsenat. es bleibe der opposition ueberlassen, ob sie dabei zustimmt. die oevp stimmte 1973 der wahl der stadtraete, nicht aber der wahl der amtsfuehrenden stadtraete zu. der inhalt ihres heutigen antrages sei also schon durch ihr damaliges wahlverhalten ausgedrueckt worden. schon bisher mussten die amtsfuehrenden stadtraete ohne die unterstuetzung der oevp auskommen. das vertrauen der waehler in den gewaehlten gehoere zum wesen der demokratie. die wahlen bieten die gelegenheit, darueber zu entscheiden. das vertrauen koenne auch vorzeitig entzogen werden. vertrauen kann aber nur entziehen, wenn es vorher

ausgesprochen hat. der paragraph 37 - misstrauensantrag - sei auf wunsch der mehrheit in die verfassung aufgenommen worden. er biete die moeglichkeit, in aller oeffentlichkeit anklage zu erheben. heute aber sehe man sich dem versuch, die letzte budgetdebatte zu wiederholen, und gekraonkter eitelkeit der oevp darueber gegenueber, dass ihre antraege nicht unbedingt die zustimmung der mehrheit fanden.

als energiesprecher der oevp habe gemeinderat dkfm. a m m a n n am 19. dezember 1973 gesagt, dass die nichtbeteiligung wiens am 1. kernkraftwerk der spoe noch auf den kopf fallen werde. zuch ein jahr spaeter habe ammann wieder gemeint, dass wien sich mit der beteiligung an zwentendorf etwas ersparen haette koennen. wer konzepte fordert, sollte zumindest ueber die eigenen auffassungen ins reine kommen. wenn heute die urgenz eines energiekonzeptes zu einem misstrauensantrag benuetzt werde, so sei dies eher eine politische komoedie. die vorgangsweise der oevp sei nicht im interesse der verfassungsbestimmungen, die missbraeuchliche verwendung eines verfassungsmittels richte sich gegen jene, die es anwenden. die begruendungen des antrages seien fadenscheinig. suttner wandte sich gegen die behauptung von gr. hahn, dass bei der stadtbahn fahrer genoetigt werden, zuege die sie als schadhaft melden, weiterzufahren. diese behauptung sei durch nichts zu belegen. stadtrat nekula habe sein amt seit 1969 mit sichtbarem erfolg ausgefuellt. er besitze das unbeschraenkte vertrauen der sozialistischen fraktion. (ger)

gr. dr. maria s c h a u m a y e r (cevp) warf der spoe mangelndes demokratieverstaendnis vor und verwahrte sich gegen belehrungen seitens suttners ueber die inanspruchnahme des instrumentariums der geschaeftsordnung. es ist schuld der spoe-mehrheit, wenn bis 1967 unklarheit ueber den bau einer u-bahn bestanden hat und dass deshalb nichts fuer die sicherheit der stadtbahn getan wurde. die erdgasumstellung als pluspunkt fuer den amtsfuehrenden stadtrat anzufuehren ist deshalb verfehlt, weil diese von einer privatfirma durchgefuehrt wird. dort, wo es aber miestaende gibt, ist die verantwortung des stadtrates gegeben. beim problem der energieverorgung profitiert die spoe von der wirtschaftlichen rezession, ohne die es eine versorgungskrise gegeben haette. die spoe hat 1969 das ressort der stadtwerke an sich gezogen, die probleme aber nicht geloest, sondern nur unsicherheit ausgeleest, wie stadtbahn und gasrohrnetz zeigen. was

die politische verantwortung betrifft, so hat diese maxime 1976 anlaesslich des reichsbrueckeneinsturzes der buergermeister aufgestellt und durchgezogen. da sich die rathausmehrheit in selbstgefaelligkeit uebt, ist es aufgabe der opposition, gegen die unterlassungen aufzutreten. auch dieser antrag wurde nur durch die inaktivitaet der sp-mehrheit ausgeloeset. die stadtwerke brauchen eine planvolle, risikolose geschaeftsfuehrung. (smo) (forts.)

1646

gemeinderat (15):

dringlicher antrag (schluss)

23 wien, 30.1. (rk) buergermeister leopold g r a t z (spoe) gab in seinem debattenbeitrag zu verstehen, dass seine solidaritaet wie auch jene der gesamten spoe-fraktion stadtrat nekula gehoere. auf den am sonntag im fernsehen gezeigten film "tanz der vampire" anspielend, meinte er, dass auch die wien-darstellung der oevp etwas gespenstisches habe.

dem misstrauensantrag fehle nach termin und begruendung die glaubwuerdigkeit. wenn die oevp meine, sie koenne durch einen derartigen antrag eine kurzschlussreaktion ausloesen, werde sie sich taeuschen. sie muesse sich nur etwas gedulden, um von den wienern bestaetigt zu erhalten, dass sie nur eine verschwindende minderheit sei.

die mehrheit der gemeindevertretung muesse einen staendigen kampf bestehen mit einer geisteshaltung, die den menschen einzureden versucht, dass oeffentliche einrichtungen und oeffentliches eigentum etwas schlechtes seien, dass einrichtungen der gemeinwirtschaft und staedtische unternehmen am besten reprivatisiert werden sollten. (we)

das finanzierungsdebakel, die konzeptlosigkeit sowie die laufenden fehler der wiener stadtwerke, die zu einer gefaehrung des lebens der bevoelkerung wiens fuehren, duerften nicht laenger mit dem mantel des schweigens und der vergessenheit zugedeckt werden, erklaerte gr. prof. z o e r n e r (oevp). der verantwortliche fuer derartige debakel solle zuruecktreten.

a b s t i m m u n g : der misstrauensantrag gegen verkehrs- und energiestadtrat n e k u l a wurde mit den stimmen der spoe a b g e l e h n t . (ba) (schluss)

- ende des sitzungsberichtes -

1649